

**Niederschrift
über eine Sitzung des Stadtrates der Stadt Landsberg
in öffentlicher Sitzung**

Datum: 19.11.2020

Zeit: 18.00 Uhr bis 20.00 Uhr

Ort: Bürgerhaus Zur Sonne, Sietzsch

Anwesenheit:

| | | | |
|------------------------|-----------------|------------------------|----------|
| J. Brünnel | anwesend | B. Bunge | anwesend |
| E. Creutzmann | anwesend | L. Däumler | anwesend |
| L.-M. Henjes | anwesend | F. Hübner | anwesend |
| M. Kleppel | anwesend | U. Marquardt | anwesend |
| Ch. Kupski | anwesend | R. Milzsch | anwesend |
| F. Meinhardt | anwesend | L. Müller | anwesend |
| M. Müller | <i>abwesend</i> | St. Müller | anwesend |
| H. Oehlschlegel | anwesend | Dr. Ch. Raschke | anwesend |
| J. Rausch | <i>abwesend</i> | G. Scheuerle | anwesend |
| C. Schaaf | anwesend | W. Seidowski | anwesend |
| E. Schmidt | <i>abwesend</i> | Ch. Tessmann | anwesend |
| F. Stolzenberg | anwesend | Dr. F. Weidt | anwesend |
| E. Weidinger | anwesend | Ch. Zeigermann | anwesend |
| A.-J. Wolff | <i>abwesend</i> | | |
| A. Werner | anwesend | | |

Ortsbürgermeister/in:

| | | | |
|----------------|----------|------------------|----------|
| R. Bunk | anwesend | D. Heldt | anwesend |
| W. Howe | anwesend | M. Leiter | anwesend |

Gäste:

| | |
|-------------------|----------------------------------|
| K. Aulenbach | Stadt Landsberg |
| D. Moron-Wernicke | Stadt Landsberg |
| J. Moron | Stadt Landsberg |
| C. Schräpler | Stadt Landsberg |
| M. Holesovsky | Stadt Landsberg |
| J. Regge | Stadt Landsberg |
| B. Hajek | Stadt Landsberg (Protokollantin) |

einige Bürger

Das Protokoll umfasst die Seiten 1 - 14 Seiten.


F. Stolzenberg
Stadtratsvorsitzender


B. Hajek
Protokollantin

Tagesordnung der öffentlichen Sitzung

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Bestätigung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung
4. Beantragung Rederecht Herr Dr. Kelle
5. Bestätigung des Sitzungsprotokolls – öffentlicher Teil – vom 29.10.2020
6. Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 29.10.2020
7. Einwohnerfragestunde
8. Beantwortung der Anfragen aus der Einwohnerfragestunde 29.10.2020
9. Informationen aus der Verwaltung
10. Informationen aus den Ausschüssen
11. Beschlussvorlage (Verwaltung): Haushaltssatzung für das Jahr 2021 und Haushaltsplan 2021 der Stadt Landsberg mit seinen Bestandteilen und Anlagen (Unterlagen werden per E-Mail versandt)
12. Beschlussvorlage (Verwaltung): Anlage „digitale Ratsarbeit“ zur Geschäftsordnung der Stadt Landsberg
13. Beschlussvorlage (Verwaltung): Bestimmung der Stimmführerschaft bei der Stimmabgabe in der Verbandsversammlung des AZV Queis/Dölbau
14. Beschlussvorlage (Herr Seidowski): Beschlussfassung bezüglich Stimmverteilung WAZV
15. Beschlussvorlage (Verwaltung): Anhörung Ersetzung versagtes Einvernehmen zum Antrag nach § 4 BImSchG: Errichtung und Betrieb einer Windkraftanlage (WKA) einschl. Bauantrag, Windpark Reußen/Queis/Sietzsch, OT Sietzsch/Queis
16. Beschlussvorlage: Vorstellung Vorplanung Weg zur Doppelkapelle
17. Anfragen Stadträte und Ortsbürgermeister/innen

Punkt 1 Begrüßung und Eröffnung

Der Stadtratsvorsitzende Herr Stolzenberg eröffnet die Sitzung und begrüßt die Bürgermeisterin, alle anwesenden Stadträte, Ortsbürgermeister, Gäste, Bürger und Mitarbeiter der Stadtverwaltung.

Punkt 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit mit 23 von 28 Stadträten wurde durch Herrn Stolzenberg festgestellt.

Punkt 3 Bestätigung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung

TOP 4 wird gestrichen, da dieser im nicht öffentlichen Teil behandelt wird.

Die Tagesordnung wird mit o. g. Änderung festgestellt.

Abstimmungsergebnis: 23 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

Punkt 4 Beantragung Rederecht Herr Dr. Kelle

entfällt

Punkt 5 Bestätigung des Sitzungsprotokolls öffentlicher Teil vom 29.10.2020

Abstimmungsergebnis: 19 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 4 Enthaltungen

Punkt 6 Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrats vom 29.10.2020

Herr Stolzenberg verliest die Beschlüsse der nicht öffentlichen Sitzung.

Punkt 7 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen von Bürgern vorgetragen.

Punkt 8 Beantwortung der Anfragen aus der Einwohnerfragestunde vom 29.10.2020

Frau Werner informiert über die an den Bürger gegebene Antwort.

Das Befahren von Privatwegen der Stadt Landsberg ist nur mit Genehmigung gestattet. Die Stadtverwaltung steht aktuell in Kontakt mit den Angelvereinen um eine einvernehmliche praktikable Lösung zu finden (bspw. Erteilung einer

allgemeinverbindlichen Erlaubnis zum Befahren der Wege für alle Mitglieder des Angelvereins).

Punkt 9 Informationen aus der Verwaltung

Frau Werner berichtet:

Die Ortsbürgermeister haben ein Schreiben eines Herrn erhalten. Da der Verdacht besteht, dass es sich um einen Reichsbürger handelt, wurden diese Schreiben an die Polizei weitergeleitet. Auch verschiedene andere Kommunen im nördlichen Saalekreis haben dieses Schriftstück erhalten. Der angegebene Absender wurde überprüft und unter dieser Adresse unbekannt.

Erstellung der Jahresabschlüsse: Diese können verkürzt eingereicht werden. Frau Aulenbach hat einen Plan erarbeitet, in welcher Zeitschiene die Jahresabschlüsse, welche ab 2014 notwendig sind, erstellt werden können. Dieser Plan wird als Beschluss in der nächsten Stadtratssitzung eingebracht.

Ausgleich zu Gewerbesteuerausfällen der Gemeinden: Das Land hat anhand der rückwirkenden Berechnung 2017 – 2019 eine Pauschale als Ausgleich errechnet. Für die Stadt Landsberg bedeutet das 1,88 Mio. €. Allerdings würde dieser Betrag für die Kreisumlage herangezogen. Was übrig bleibt, ist leider nicht so viel.

Digitalpakt Schule: Ein Leistungsverzeichnis wurde erstellt. Gespräche mit den Schulleitern werden in der nächsten Woche geführt. Ein separates Treffen mit den Fraktionsvorsitzenden ist geplant zur Klärung der weiteren Verfahrensweise nichtförderungsfähiger Anschaffungen.

Ehrenpreis: Es war angedacht, in der Stadtratssitzung Dezember den Preis den Bürgern zu übergeben. Auf Grund der aktuellen Lage wird dies allerdings zu einem späteren Zeitpunkt vorgenommen werden müssen.

Durch den Lankreis wurde angekündigt, die Pandemielage für die nächsten 3 Monate auszurufen. Frau Werner regt aus diesem Grund an, den Stadtrat Monat Dezember im Umlaufverfahren durchzuführen.

Punkt 10 Informationen aus den Ausschüssen

Hauptausschuss:

-

Finanzausschuss:

-

Bauausschuss:

Besprochen wurde u. a. der Weg Doppelkapelle und die WKA.

Ordnungsausschuss:

-

Jugend- Schule und Sozialausschuss:

-

Kultur- und Sportausschuss:

-

Vergabeausschuss:

-

WAZV:

Die geplante Versammlung am 30.11.2020 wurde abgesagt.

AZV westl. Mulde:

Frau Bunk:

- Beschlussfassung Nachtragswirtschaftsplan 2020
- Maßnahme Dammendorf „Am Anger“ wurde in das Jahr 2021 verschoben
- die Gebühren werden sich zu 2019 nicht ändern

AZV Queis-Dölbau:

-

UHV Fuhne-Ziethe:

-

UHV Untere Saale:

-

UHV Mulde:

-

Flugplatzgesellschaft Halle Oppin:

-

Planungsverband Halle Saalkreis:

-

Punkt 11 Beschlussvorlage (Verwaltung): Haushaltssatzung für das Jahr 2021 und Haushaltsplan 2021 der Stadt Landsberg mit seinen Bestandteilen und Anlagen

Frau Aulenbach informiert, dass es mit viel Mühe gelungen ist, den Haushaltsplan auszugleichen. Sie berichtet zu den verschiedenen Positionen.

Herr St. Müller bedankt sich bei der Kämmerei und den Mitgliedern des Finanzausschusses, dass der Haushalt bereits im November 2020 für das nächste Jahr beschlossen werden kann.

Es werden zwei Änderungsanträge der Fraktion Vereinte Bürgerliste vorgelegt (siehe Anlage).

Herr Kupski berichtet, dass in der letzten Ortschaftsratssitzung des Ortschaftsrates Niemberg auch zu dem Schluss gekommen wurde, dass der Betrag in Höhe von 10.000 € für das Schülerprojekt eingearbeitet werden sollte.

Die anderen Partner, Sparkasse und Landkreis, werden sich ebenfalls an diesem Projekt finanziell beteiligen.

Herr Seidowski möchte wissen, wo wird dieser Betrag hergenommen wird. Frau Aulenbach beantwortet, dass der Überschuss geschmälert wird. Finanziell ist dies jedoch machbar.

1. Änderungsantrag:

Der Stadtrat beschließt in den HH-Plan 2021 bei Aufwand 527126 (Gesamtergebnisplan Seite 99) einen Betrag von 10.000 EUR Verwendungszweck „Schülerprojekt Alte Brennerei“ einzustellen.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 1 Enthaltung

2. Änderungsantrag:

Der Stadtrat beschließt die Position im HH-Plan 2021 VG202001 über 330.000 EUR (Seite 753) mit Sperrvermerk zu versehen, der nur durch den Stadtrat aufgehoben werden kann.

Herr Zeigermann unterstützt, dass dieser Sachverhalt (Umbau Kellerräume im Verwaltungsgebäude zum Archiv) im Bauausschuss behandelt wird, um sich so ein Bild machen zu können.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 1 Enthaltungen

Herr Schaaf erkundigt sich nach den eingestellten Kosten in Höhe von 150.000 € für die alte Turnhalle. Handelt es sich um Sanierungs- oder Planungskosten?

Frau Werner beantwortet, dass es sich um Planungskosten handelt.

Herr Stolzenberg verliest den Beschlusstext:

Beschluss-Nummer: 91/11/2020

Beschlusstext: Der Stadtrat der Stadt Landsberg beschließt, auf Empfehlung des Finanzausschusses die Haushaltssatzung der Stadt Landsberg für das Haushaltsjahr 2021 und den Haushaltsplan mit seinen Bestandteilen und Anlagen sowie der beiden Ergänzungen aus den Änderungsanträgen der Fraktion Vereinte Bürgerliste.

Abstimmungsergebnis: 23 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

Herr St. Müller verlässt den Raum um 18:36 Uhr, betritt diesen wieder um 18.45 Uhr. Die Beschlussfähigkeit ist mit 23 von 28 Stadträten gegeben.

Punkt 12 Beschlussvorlage (Verwaltung): Anlage „digitale Ratsarbeit“ zur Geschäftsförderung der Stadt Landsberg

Frau Werner informiert, dass es sich um eine Ergänzung der bestehenden Geschäftsordnung handelt.

Am Montag erfolgt eine Einführung in das Ratsinformationssystem in kleinem Kreis. Weitere Schulungen sind geplant.

Frau Moron ergänzt zum Sachverhalt, dass die Vorlage am 29.06.2019 bereits vorgelegt wurde. Der Technische Teil wurde nun unter § 2 eingefügt. Die benötigten Endgeräte werden leihweise, unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Eine entsprechende Vereinbarung zur Nutzung wird mit jedem Mitglied geschlossen.

Herr Zeigermann möchte wissen, wie es sich mit dem WLAN-Zugang bei der SR-Sitzung verhält. Eine weitere Frage betrifft die Nutzung im Ausland. Hat dies einen rechtlichen Hintergrund? Lt. Frau Moron wurde dieser Punkt von der Mustergeschäftsordnung übernommen. Von der Verwaltung wird dieser Sachverhalt nochmals geprüft.

Herr Zeigermann merkt an, dass der mobile Zugriff für alle Sitzungsorte sichergestellt werden muss. Durch die Verwaltung wird dies sichergestellt, beantwortet Frau Moron.

Herr L. Müller möchte wissen, warum das Gerät nicht mit ins Ausland genommen werden kann. Wie erfolgt die Zustellung / Versendung der Einladung?

Die Einladung wird zukünftig über die App erfolgen.

Herr Brünnel erkundigt sich, ob es Termine gibt, wann die Endgeräte zur Verfügung gestellt werden können und wann geschult wird.

Da es derzeit leider Lieferschwierigkeiten bei den Endgeräten gibt, ist ein Termin für voraussichtlich Anfang 2021 geplant. Danach werden Schritt für Schritt Einweisungen in das System erfolgen. Mit kleinen Startschwierigkeiten ist jedoch zu rechnen.

Herr Dr. Raschke informiert über die technischen Gegebenheiten. Er kennt dieses System bereits von der Arbeit beim Landkreis. Die Tablets des Landkreises sind mit einer SIM-Card ausgestattet und haben daher "immer" Internet, wenn der Empfang ausreicht. Wenn kein WLAN und keine mobilen Daten vorhanden sind, greift Mandatos auf die auf dem Tablet lokal gespeicherten Sitzungen zurück. Mandatos kann so konfiguriert werden, dass die Dokumente für die Sitzungen automatisch (zum Beispiel zu Hause im WLAN) heruntergeladen werden. Dafür muss Mandatos mit Anmeldung geöffnet und die jeweilige Sitzung aufgerufen werden. Die heruntergeladenen, "off-line" verfügbaren Dokumente und Sitzungen sind farblich erkennbar (grün). Nicht vorhandenen Dokumente und Sitzungen sind blau. Aus seiner Sicht ist es somit nicht notwendig, dass der Sitzungsort unbedingt mit WLAN ausgestattet sein muss.

Er informiert des Weiteren, dass die Einladungen trotz des elektronischen Ratsinformationssystems in schriftlicher Form per Post versandt werden und schlägt vor, dass dies auch bei der Stadt so gehandhabt wird.

Hinsichtlich des Problems Ausland könnte überlegt werden, dass eine Begrenzung für das EU-Ausland vorgenommen wird.

Änderungsvorschläge:

- Begrenzung EU-Ausland
- Versendung der Einladungen in schriftlicher Form

Herr Weidinger ist auch der Meinung, dass die Einschränkung bezüglich Nutzung im Ausland ausgenommen werden sollte auch unter dem Aspekt der Ladungsfrist.

Frau Werner beantwortet die Anfrage von Frau Bunge, dass die Ortsbürgermeister bei dem Ratsinformationssystem mit vorgesehen sind.

Herr Seidowski befürwortet, dass die Einladung / Tagesordnung weiterhin per Post zugestellt wird. Des Weiteren bittet er um Klärung mit dem Kreis dahingehend, dass die Geräte auch für den Stadtrat genutzt werden dürfen.

Herr L. Müller bittet darum, dass die Verwaltung den Antrag vorerst zurückzieht, um die offenen Fragen zu klären und beim nächsten Stadtrat erneut vorzustellen.

Herr Dr. Weidt regt an, dass die Unterlagen zu Hause runtergeladen werden können. Diese stehen dann auf dem Gerät zur Verfügung auch ohne eventuelle WLAN-Verbindung am Sitzungsort. Er bittet die Verwaltung, technische Möglichkeiten der Benachrichtigungen hinsichtlich der Zustellung zu prüfen.

Da die Ortschaftsratsmitglieder vorerst kein Endgerät erhalten sollen, bittet Frau Kleppel um Prüfung, ob wenigstens die Ortsbürgermeister ein Endgerät erhalten.

Herr St. Müller schlägt vor, dass, wenn die Fragen beantwortet werden, auch im Umlaufverfahren abgestimmt werden kann.

Die Beschlussvorlage wird durch die Verwaltung zurückgezogen.

Punkt 13 Beschlussvorlage (Verwaltung): Bestimmung der Stimmführerschaft bei der Stimmabgabe in der Verbandsversammlung des AZV Queis/Dölbau

Gibt es eine Rechtsgrundlage, dass dies so gehandhabt werden muss, erfragt Herr Scheuerle. Frau Werner bezieht sich auf ein Schreiben vom 29.10.2020, Punkt 3, dass der Stimmführer und dessen Stellvertreter durch Beschluss der Vertretung namentlich zu bestimmen ist.

Herr St. Müller bestätigt, dass es keine Verpflichtung gibt. Er empfiehlt aber, dies zu machen. Vorschlag wäre seitens der Fraktion Vereinte Bürgerliste Herr Scheuerle.

Herr Däumler kommt um 18:57 Uhr zur Sitzung hinzu. Die Beschlussfähigkeit ist nun mit 24 von 28 Stadträten gegeben.

Herr Stolzenberg verliest den Beschlusstext:

Beschluss-Nummer: 92/11/2020

Beschlusstext: Der Stadtrat der Stadt Landsberg benennt gemäß § 11 Abs. 4 S. 4 GKG-LSA (Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit) namentlich die Stimmführerschaft in der Verbandsversammlung des AZV Queis/Dölbau:

1. Herr Scheuerle
2. Herr Kupski
3. Herr Stolzenberg

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 2 Enthaltungen

Punkt 14 Beschlussvorlage (Herr Seidowski): Beschlussfassung bezüglich Stimmvergabe WAZV

Herr Stolzenberg verliest den Beschlusstext:

Beschluss-Nummer: 93/11/2020

Beschlusstext: Der Stadtrat der Stadt Landsberg möge ein Votum abgeben hinsichtlich der Abstimmung durch Herrn Seidowski.

Änderungsantrag:

Der Stadtrat beauftragt Herrn Seidowski, gegen die Änderung der Verbandssatzung hinsichtlich der Stimmverteilung abstimmen zu lassen.

Herr L. Müller stimmt hier ebenfalls zu, da die stärkste Kommune im Gebiet des WAZV ist. Er sieht keinen Sinn, mit kleineren Kommunen eine Stimmgleichheit zu haben.

Herr Seidowski würde dafür stimmen, da es sich um einen Verband handelt.

Abstimmungsergebnis: 23 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimme 0 Enthaltungen

Punkt 15 Beschlussvorlage (Verwaltung): Anhörung Ersetzung versagtes Einvernehmen zum Antrag nach § 4 BImSchG: Errichtung und Betrieb einer Windkraftanlage (WKA) einschl. Bauantrag, Windpark Reußen/Queis/Sietzsch, OT Sietzsch/Queis

Herr Schaaf und Herr Scheuerle weisen auf ihr Mitwirkungsverbot in dieser Angelegenheit hin.

Herr Henjes berichtet, dass im Bauausschuss gegen diesen Beschluss gestimmt wurde. Auch als Gemeinde wurde dagegen gestimmt. Er bittet dringend darum, darüber nachzudenken, dass es sich um keine WKA handelt, sondern um einen 260 m hohen Turm. Er weist auf die Probleme hin, welche mit der Errichtung eines solchen WKA entstehen.

Die Entwässerung wird entsprechend in der Planung berücksichtigt. Bei extremen Wetterlagen sind allerdings Wasserschäden nicht auszuschließen.

Im Bauausschuss wurde dieses Thema eingehend behandelt, berichtet Herr Zeigermann. Es handelt sich um ein wichtiges kulturhistorisches Denkmal. Wenn eine Befestigung vorgenommen wird, sollte bei solch einem wichtigen Bauwerk entsprechendes Material verwendet werden. Herr Zeigermann schlägt den heimischen Porphyr vor. Es sollte eine Variante gewählt werden, welche dem Bauwerk gerecht wird.

Herr Schaaf erkundigt sich nach Pflaster, von einem vorangegangenen Bauprojekt. Ist von dem alten Pflaster noch etwas vorhanden und könnte dies verwendet werden?

Herr Holesovsky informiert, dass sich Mehrkosten bei Verwendung von Porphyr bei 500 qm in Höhe von 32.000 € ergeben. Eine prozentuale Förderung ist möglich.

Herr Dr. Weidt ist gegen diesen Weg, er hält jegliche Art von Versiegelung für unangebracht.

Er wünscht des Weiteren eine Erläuterung der unterschiedlichen Kosten in zwei vorgelegten Beschlüssen.

Herr Holesovsky erklärt, dass das Pflaster nur für den Weg vorgesehen ist. In der ursprünglichen Planung war eine Befestigung bis zur Doppelkapelle vorgesehen. Da der Weg verkürzt wird und das Material teurer ist, bleibt der Preis in etwa gleich.

Herr Däumler möchte wissen, ob die Anwohnerbeschwerden ausgeräumt sind oder ob mit Widerstand zu rechnen ist?

Herr St. Müller bekräftigt, dass es Bedingung sein muss, dass mit den direkten Anwohnern gesprochen wird.

Herr Dr. Raschke stimmt zu, dass die Anwohner informiert werden müssen. Des Weiteren sind für ihn die Fragen zu klären, wo führt die Beschlussfassung hin, was ist, wenn die Anwohner nicht zufrieden sind?

Die Anwohner haben Anfrage zu dem Wasserablauf, des Weiteren besteht die Hauptbefürchtung, dass Fahrzeuge ungehindert zur Kapelle hochfahren, merkt Herr St. Müller an.

Herr Seidowski ist trotz aller Bedenken der Auffassung, dass heute eine Entscheidung getroffen werden muss.

Herr L. Müller möchte geklärt haben, ob es vorgesehen ist, dass Fahrzeuge zukünftig ungehindert zur Doppelkapelle fahren.

Dies wird durch Herrn Holesovsky verneint. Eine Befahrung ist nur mit Sondergenehmigung durch die Stadtverwaltung in Ausnahmefällen möglich.

Herr Zeigermann bittet um Erläuterung der Zeitschiene, um die Notwendigkeit aufzuzeigen, dass heute ein Beschluss zu fassen ist.

Da bereits Fördermittel gezahlt wurden, ist ein Beschluss notwendig.

Herr Scheuerle merkt an, dass eine Information an die Bürger erfolgen muss und keine Anfrage. Die Bürger haben keine Entscheidungsbefugnis in dieser Angelegenheit.

Frau Werner bestätigt, dass selbstverständlich mit den Anwohnern eine Besprechung stattfinden wird. Zu diesem Termin soll die Planung besprochen werden und auch die Bedenken ausgeräumt werden.

Herr Oehlschlegel spricht sich für diesen Weg aus mit der Variante Natursteinpflaster.

Herr St. Müller möchte wissen, ob mit der neuen Planung Natursteinpflaster die Kostendeckung für Museum und Horträume in Gefahr gebracht wird auf Grund der Mehrkosten.

Herr Zeigermann merkt hierzu an, dass es sich um eine Kostenschätzung handelt.

Die Fraktion Vereinte Bürgerliste stellt den Antrag den Beschlusstext zu ergänzen.

Der SR billigt die vorliegende Planung mit der Maßgabe, dass die weitere Planung in Ausführung Natursteinpflaster erfolgen soll.

Beschluss-Nummer: 95/10/2020

Beschlusstext: Herr Stolzenberg verliest den geänderten Beschlusstext:
Der Stadtrat billigt die vorliegende Planung des Ingenieurbüro Beyer, Lausener Dorfplatz 17, 04207 Leipzig vom November 2020 mit der Maßgabe, dass die weitere Planung in Ausführung Natursteinpflaster erfolgen soll.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen 3 Nein-Stimmen 4 Enthaltungen

Punkt 17 Anfragen Stadträte und Ortsbürgermeister/innen

Stand Risikoanalyse – Zeitfenster?

Frau Werner informiert, dass ein Rechtsstreit mit dem beauftragten Unternehmen läuft. Die Risikoanalyse wurde vom Landkreis, so wie diese vorgelegt wurde, nicht genehmigt. Die Beauftragung wird aus diesem Grund anderweitig erfolgen müssen.

Zur Anfrage Stand Verkäufe von Grundstücken teilt Frau Werner mit, dass derzeit Verhandlungen mit der Sparkasse zur Gutachtenerstellung erfolgen. Eine Information erfolgt zum gegebenen Zeitpunkt.

Frau Bunk erkundigt sich, da die Seniorenweihnachtsfeiern verschoben wurden, ob das Geld von 2020 in 2021 übertragen werden kann, um diese Feiern nachzuholen?

Frau Aulenbach beantwortet, dass, wenn ein Antrag gestellt wird, dies in das Jahr 2021 übertragen wird. Diese Anträge sind bis 15.01.2021 zu stellen.

Herr Brünnel erkundigt sich erneut bezüglich Rechnungsstellung von Feuerwehreinsätze.

Frau Schräpler beantwortet, dass dies auf Grund der Änderung der Satzung noch nicht realisiert werden konnte werden.

Herr Brünnel gibt nochmals die Empfehlung dies zu tun.

Des Weiteren moniert Herr Brünnel, dass die Ortswehrleiter die Aufwandsentschädigungen für die Kameraden erhalten haben, um diese zu verteilen. Dies kann in dieser Form nicht erfolgen. Über diesen Sachverhalt wurde bereits in der Vergangenheit gesprochen. Zum damaligen Zeitpunkt wurde die Zusage gegeben, dass die aktuellen und zukünftigen Aufwandsentschädigungen direkt an die Kameraden überwiesen werden. Er appelliert daran, dass dies im nächsten Jahr nicht erneut so praktiziert wird.

Frau Schräpler erklärt, dass eine andere Verfahrensweise nicht möglich war. Eine fristgerechte Auszahlung wäre sonst nicht möglich gewesen.

Herr St. Müller gibt zu bedenken, dass für die Ortswehrleiter für die einzelnen Überweisungen an die Kameraden Bankgebühren anfallen, welche nicht erstattet werden.

In der Sitzung des Ortschaftsrates Niemberg wurde der TOP Heizung in der Grundschule aktueller Stand Bauarbeiten und aktueller Stand Kosten, Trinkwasserleitung Sportlerheim besprochen. Es musste festgestellt werden, dass keine Zuarbeit und keine Auskunft zu den gestellten Anfragen erfolgten. Herr Kupsi fragt, warum der Ortschaftsrat Niemberg in den OR-Sitzungen im Oktober und November keine Informationen zum Bau der Heizung und der Trinkwasserleitung erhalten hat. Für beide Sitzungen wurde Frau Moron-Wernicke als Fachbereichsleiterin Bauen per E-Mail um Zuarbeit gebeten. Er verwies darauf, dass Frau Werner die E-Mails ebenfalls erhalten hat und somit über die Aufgabenstellung in Kenntnis gesetzt wurde. Auf diese Frage konnten Frau Werner und Frau Moron-Wernicke keine Auskunft geben. Herr Kupsi wünscht eine Antwort, warum keine Zuarbeit erfolgte.

Herr Stolzenberg merkt an, dass über diesen Punkt im nicht öffentlichen Teil ausführlich gesprochen wird.

Durch Herrn Seidowski wird erfragt, inwieweit die Stadt bezüglich Planfeststellungsverfahren feststellt, wie und ob gebaut werden kann. Frist bis Mitte Februar. Lärmschutz, Fluglärm. Er hält es für sinnvoll, dies nochmals zusammenzutragen und an die entsprechende Stelle zu schicken.

Zum Thema Grünflächenpflege merkt Herr Seidowski an, dass aktuell nichts bzw. sehr wenig passiert. Wann werden Maßnahmen ergriffen, dass der Beauftragte dies erledigt. Er bittet um kurzfristige Antwort.

Herr Däumler spricht den Sachverhalt Bau eines Gehweges (Dessauer Straße) an. Dieser wird im Jahr 2020 nicht mehr gebaut. Werden die Mittel übertragen und wann wird gebaut?

Zum Thema Fahrverbot LKW Gutenberger Straße bittet Herr Seidowski um schriftliche Antwort.

Herr St. Müller bezieht sich auf das Schülerprojekt Alte Brennerei Niemberg. Zum Mittelabruf für das laufende Schülerprojekt 2020 wurde eine Absage durch die Stadtverwaltung erteilt mit der Begründung, dass die Mittel nicht ausgezahlt werden können, da der Haushalt belastet wird. Der Haushalt wurde nicht geändert. Er wünscht eine Begründung. Wo ist die Haushaltsposition? Herr St. Müller bittet um schriftliche Antwort.

Herr Holesovsky beantwortet zur Anfrage von Herrn Däumler, dass der Bau des Fußweges Dessauer Straße vorgesehen ist, wenn der Abschnitt der Landesstraße gebaut wird. Der 2. Bauabschnitt ist bis 2023 nicht vorgesehen.

Herr Däumler ist der Auffassung, dass eine Abstimmung mit der LSBB möglich sein sollte, dass dieser Gehweg gebaut wird. Die Straßensituation ist nicht tragbar.

Auch Frau Leiter bittet hier um Klärung und bestätigt die Zustände.

Herr Kupski merkt an, dass im Haushalt Kosten für den Ausbau vorgesehen waren.

Herr Holesovsky stimmt Frau Leiter und Herrn Däumler zu. Es ist jedoch nicht sinnvoll, vorab einen Weg zu bauen, wenn zu einem späteren Zeitpunkt der Ausbau einer Straße geplant ist.

Dieser Sachverhalt sollte nochmals eingehend im Bauausschuss besprochen werden. Herr Däumler bietet an, zum Gespräch in die Verwaltung zu kommen und auch beim LSBB vorzusprechen.

Herr Stolzenberg beendet den öffentlichen Teil um 20.00 Uhr.